

von
Christopher
Wimmer

Kommunistische und kapitalistische Krise in Vietnam

Der Autor studiert im Master Sozialwissenschaften an der HU Berlin und lebte und arbeitete 2014 politisch in Hanoi.

Durch den fortdauernden Konflikt um die Spratly Inseln im Südchinesischen Meer zwischen China und Vietnam wird eines besonders deutlich: eine tiefe innere Krise in Vietnam – eine Krise der kapitalistischen Ökonomie und der kommunistischen Herrschaft.

Im Mai 2014 bekamen alle VietnamesInnen eine SMS von Truong Tan Sang, dem Präsidenten Vietnams. Darin wurden sie aufgefordert, Demonstrationen und Proteste zu unterlassen und zu Hause zu bleiben, um das Ansehen der vietnamesischen Heimat nicht weiter zu beschädigen. Dieser ungewöhnlichen Kommunikationsform waren anti-chinesische Stimmungslagen und gewaltsame Ausschreitungen auf Grund eines Territorialstreits im Südchinesischen Meer voraus gegangen: China verlegte in ein von Hanoi beanspruchtes Gebiet eine Erdöl-Plattform. Die ohnehin schlechten Beziehungen zu China, historisch geprägt von Auseinandersetzungen und Krieg, erreichten einen neuen Tiefstand. Die Führung der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) wusste es dabei geschickt, diesem Unmut einen stark nationalistischen Charakter zu verleihen, um von der inneren Misere abzulenken.

Abhängigkeit von weltweiten Krisen

Trotz Bauboom in den Metropolen Hanoi und Ho-Chi-Minh-City, Wirtschaftswachstum und relativ gesehen starker Industrialisierung, steckt Vietnams staatlich gelenkte Wirtschaft in der Krise: rasende Inflationsraten, Immobilienspekulationen, Korruptionsskandale in den Staatsbetrieben und der Regierung sowie steigende Lebenshaltungskosten prägen

»und über allem wacht Onkel Ho«

Foto: Christopher Wimmer



den Alltag der Bevölkerung. Die soziale Schere klafft immer weiter auseinander, denn das Wirtschaftswachstum von durchschnittlich sechs Prozent in den letzten zehn Jahren kommt nicht bei der Mehrheit der Bevölkerung an. Trotz alledem hat sich die Regierung das Ziel gesetzt, bis 2020 eine industrielle Volkswirtschaft mit ›moderner Ausrichtung‹ zu sein. Doch davon ist Vietnam noch weit entfernt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (rund 1.700 €) ist sehr ungleich verteilt – vor allem zwischen Stadt und Land. Über zwei Drittel aller VietnamesInnen leben auf dem Land, erwirtschaften zumeist als Kleinbäuerinnen und Kleinbauern aber nur rund 20 Prozent des Volkseinkommens.

Diese Krise ist eine Folge des Spagats, den die KPV seit Jahrzehnten versucht: Verstärkte internationale Marktintegration und Beibehaltung der staatlich gelenkten, kommunistischen Wirtschaft. Auf der einen Seite öffnet sich Vietnam dem globalen Kapitalismus und ist damit auch von weltweiten Krisen zunehmend abhängig; die Finanzkrise seit 2009 führte zu starken Exporteinbrüchen der vietnamesischen Wirtschaft. Durch die geplanten Freihandelsabkommen (mit den USA, EU, Kanada, Japan etc.) sollen wieder bessere Exportmöglichkeiten für Agrarprodukte wie Kaffee und Reis, Produkte aus der Textilindustrie sowie für Mobiltelefone geschaffen werden. Auf Grund der regionalen Nähe und der politischen und ökonomischen Stärke besteht zudem eine enorme Abhängigkeit von China; das Land ist mit rund 50 Milliarden Dollar pro Jahr der größte Handelspartner Vietnams – das Außenhandelsdefizit beträgt rund 30 Milliarden Dollar. Eine weitere Abhängigkeit zeigt sich unter anderem in der Stromversorgung. Hier ist Vietnam auf chinesische Importe angewiesen. Die für die fortschreitende Industrialisierung so wichtige Energieversorgung liegt also größtenteils in den Händen des nördlichen Nachbarn. Die aktuellen Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer führen nun dazu, dass billige Industrieprodukte aus China, die in Vietnam weiterverarbeitet und danach wieder exportiert werden, ausbleiben. Auch verringerten sich Investitionen aus China, augenfälligstes Beispiel hier ist eine geplante S-Bahnstrecke in Hanoi. Von China finanziert, sollte sie das enorme Verkehrschaos auf den Straßen der Hauptstadt entlasten. Mittlerweile wurden die Bauarbeiten auf unbestimmte Zeit eingestellt.

Auf der anderen Seite bestimmt neben ausländischem Kapital und Investitionen immer noch eine Großzahl von Staatsbetrieben die gesamte Wirtschaft. Diese kontrollieren bedeutende Sektoren wie Telekom, Finanz- und Schwerindustrie und erwirt-



*Viet Pride Ho
Chi Minh City
Foto: Nguyen
Hai Yen, ICS
Equal Rights
for LGBT*

schaften fast die Hälfte des BIP. Sie weisen aber erhebliche Strukturprobleme auf, sind hoch verschuldet und durch diverse faule Bankkredite und Missmanagement geprägt. Im aktuellen Korruptionsindex von *Transparency International* liegt Vietnam auf Platz 123 – von 176. Einer Sanierung und Demokratisierung der Betriebe steht die KPV entgegen. Durch eine solche Öffnung der Betriebe für den freien Markt würde die Partei die Kontrolle über die von ihr gelenkte Wirtschaft aufgeben und dadurch Macht einbüßen.

Neue Politik oder Rollback?

Gegen diese regressive und autoritäre Politik regt sich aber auch vermehrt Widerstand. Doch sind die Proteste sehr heterogen und auf einzelne Themen und Orte begrenzt. Zwar gibt es Aktionen gegen Landenteignung oder Naturzerstörung durch Großprojekte wie Staudämme, eine Vernetzung unterschiedlicher Organisationen findet derzeit jedoch nicht statt. Es gibt keine freie Gewerkschaftsbewegung und keine umfassende Demonstrationsfreiheit. Zivilgesellschaftliche Organisation wird darüber hinaus durch massive Polizeigewalt und staatliche Überwachung fundamental eingeschränkt.

Ein bemerkenswertes Beispiel für den wachsenden Unmut mit der Regierung ist die 2014 zum dritten Mal stattgefundene *VietPride* in Hanoi. Die Haltung der Regierung zur LGBT-Community ist dabei ambivalent. Zum einen findet wohl tatsächlich ein Umdenken statt, zum anderen kann die Tolerierung

dieses Protestes auch strategische Gründe haben. Hier kann sich die KPV liberal geben ohne grundsätzlich ihren Herrschaftsanspruch aufzugeben und sich dabei noch der Unterstützung durch den Westen sicher sein. Auch wenn Homosexualität in Vietnam nicht offiziell verboten ist, wird sie doch von der konservativ und konfuzianisch geprägten Bevölkerungsmehrheit als »soziales Übel« angesehen. Im August 2012 erlebte dagegen Vietnam seine erste Gay-Pride-Parade als Fahrrad-Korso durch die Hauptstadt. Die Polizei griff nicht ein.

Doch was bringt die Zukunft für Vietnam? Sie wird vermutlich ebenso ambivalent weitergehen. Die weitere Integration in den kapitalistischen Weltmarkt birgt auch die Gefahr verstärkter Krisenhaftigkeit der vietnamesischen Wirtschaft mit entsprechenden negativen Folgen für die Bevölkerung. Sollte diese Entwicklung eintreten wird sich die Regierung (auf Grund von Protesten) öffnen müssen, weil sie sich nicht mehr durch ein hohes Wirtschaftswachstum legitimieren kann. Die negativen Entwicklungen und Ungerechtigkeiten des derzeitigen kapitalistischen Wirtschaftssystems in Bezug auf Klimawandel, Ernährungsengpässe, Finanzkrisen und Energieversorgung könnten zu der Entwicklung eines alternativen Entwicklungsmodells führen. Eine Öffnung und Demokratisierung ohne den Verzicht auf bisher vorhandene fortschrittliche Ideen im Feld der sozialen Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Bildung aufzugeben, könnte einen Ausweg darstellen. Vielleicht kann so der Spagat zwischen Kapitalismus und Kommunismus gelingen. Die KPV scheint dazu allerdings (noch) nicht bereit.